

Europa lässt seine arbeitslose Jugend im Stich

Vor einem Jahr beschlossen die EU-Staaten, jedem arbeitslosen Jugendlichen eine Beschäftigung anzubieten. Doch die Milliarden dafür bleiben ungenutzt. Nur ein Land hat bisher ein Programm vorgelegt



Foto: dpa Jugendliche aus ganz Europa demonstrieren im vergangenen Jahr vor dem Bundeskanzleramt in Berlin gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Die vor einem Jahr groß angekündigte Jugendgarantie, die Millionen jugendlichen Arbeitslosen zu einer Perspektive verhelfen sollte, ist bis heute nur ein leeres Versprechen geblieben. Seit September stehen die insgesamt sechs Milliarden Euro bereit, doch nur Frankreich hat der Europäischen Kommission einen konkreten Plan vorgelegt, den die Behörde Anfang Juni genehmigt hat. So kann das Land die ihm zustehenden 432 Millionen Euro abrufen.

Der für den 11. Juli geplante Jobgipfel in Turin, auf dem die Staatschefs die Umsetzung der Garantie besprechen wollten, ist von der italienischen Ratspräsidentschaft kurzfristig auf das Ende des Jahres verschoben worden.

Dem Deutschen Gewerkschaftsbund zufolge werden die insgesamt 5,3 Millionen arbeitslosen Europäer unter 25 Jahren im Stich gelassen. "Es ist noch kein Cent geflossen, und das ist ein riesengroßes Problem für die Jugendlichen. Die Unternehmen und die Politik lassen sie im Stich", sagte DGB-Jugendsekretär Florian Hagenmiller der "Welt". Die europäische Jugend werde sich trotz der Absage des Gipfels zwischen dem 9. und 11. Juli in Turin treffen. "Dort wollen wir herausfinden, warum die Jugendgarantie bisher gescheitert ist."

Die Jugendgarantie war im letzten Jahr von den Staatschefs der Europäischen Union beschlossen worden, um arbeitslosen Jugendlichen nach spätestens vier Monaten eine Stelle, eine Ausbildung oder aber zumindest ein Praktikum zu vermitteln. Nur Länder, die eine Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 25 Prozent vorweisen können, haben ein Anrecht auf Mittel aus der "Beschäftigungsinitiative für junge Menschen", die über drei Milliarden Euro beinhaltet.

Größter Anspruch besteht für Italien



Arbeitslosigkeit

So viele Jugendliche sind in Deutschland ohne Job

Italien hat mit 567 Millionen den größten Anteil, Deutschland hat gar keine Ansprüche, muss die Jugendgarantie aber dennoch umsetzen. Aus dem Europäischen Sozialfonds werden die Mittel mit weiteren drei Milliarden Euro aufgestockt. Für diesen Teil der Mittel gelten auch die Regeln der "Ko-Finanzierung", das heißt, dass die Mitgliedsstaaten selber Geld zuschießen müssen.

Warum die Länder mit vielen arbeitslosen Jugendlichen noch keine Konzepte eingereicht haben, wird offiziell nicht gesagt. Die italienische Regierung begründet die Verschiebung des Gipfels mit dem Wechsel an der Kommissionsspitze – die Konferenz werde stattfinden, wenn ein neuer Präsident im Amt sei. Manche spekulieren aber, dass das eine Ausrede ist: Es gebe schlicht nicht genügend konkretes Material für die Staatschefs, über das sie auf einem Jobgipfel sprechen könnten.

Im Bundesministerium für Arbeit will man sich offiziell zu der Verschiebung des Gipfels nicht äußern. Das sei Sache der Italiener, heißt es. "Wir haben großes Interesse daran, dass die Bemühungen auf einem hohen Niveau weiterlaufen", sagt ein Sprecher. Im Namen der Jugendlichen müsse etwas passieren. Das Ministerium setze sich dafür ein, die formellen Erfordernisse der Prüfverfahren für die Vergabe der ESF-Mittel "zu beschleunigen".

Geld bekommt nur, wer konkrete Maßnahmen einreicht

Die Hürden dafür, die Mittel abzurufen, sind hoch. Zwar haben alle 28 EU-Staaten bereits einen "Implementierungsplan" für die Umsetzung der Jugendgarantie vorgelegt. Doch um Geld zu bekommen, müssen sie bei der Kommission ein "operationelles Programm" einreichen, das diese dann prüfen und genehmigen muss. Das hängt auch damit zusammen,

dass sichergestellt werden soll, dass die Gelder nicht missbräuchlich eingesetzt werden oder in Projekte fließen, die nichts bringen.

Die Europäische Kommission verweist selbst auf den langwierigen Genehmigungsprozess. "Die Kommission macht alles, damit die EU-Gelder für jugendliche Arbeitslose schnell ausgegeben werden können. Dabei muss sie doch die strikten Kontrollen, die von den EU-Mitgliedstaaten gefordert werden, einhalten", heißt es in einer Stellungnahme. Die Behörde organisiert nun am 11. Juli – dem Datum, an dem der Jobgipfel hätte stattfinden sollen – ein "technisches Seminar" für alle Mitgliedstaaten, für die das Geld aus der Beschäftigungsinitiative fließen soll. Dort sollen sie "praktische Hilfestellungen" für die Erstellung der operationellen Programme bekommen.

Die Wirtschaft unterstützt die Bürokratie: "Es ist richtig, dass Brüssel die Bewilligung der Gelder zur Umsetzung der Ziele an strikte Vorgaben knüpft. Das jeweilige Land muss ein realistisches Programm mit konkreten Maßnahmen vorweisen können und dieses kofinanzieren", schreibt die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) in einem Statement.

Auch um die Kofinanzierung gibt es Diskussionen: Italien etwa fordert, dass die Ausgaben für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als Investition gewertet werden und somit nicht auf das Staatsdefizit angerechnet werden – das kommt einer Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gleich, womit wiederum die Deutschen nicht einverstanden sind.

Ist die Jugendgarantie überhaupt sinnvoll?

Neben den hohen bürokratischen Hürden stellt die teilweise fehlende Infrastruktur in den Mitgliedsstaaten ein Hindernis zur Einreichung von konkreten Programmen dar. Die Gelder aus Europa könnten dabei helfen, Jugendliche besser auszubilden, sagt der Ökonom Lars Feld, der Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung ist. "Dafür sinnvolle Konzepte zu entwickeln hängt aber auch stark mit den institutionellen Gegebenheiten zusammen", so Feld. Die viel beworbene deutsche duale Ausbildung etwa nach Italien zu exportieren gehe nicht von heute auf morgen.

Ökonomen und Arbeitgeber äußern jedoch auch grundsätzliche Zweifel an der Jugendgarantie. "Ich bin sehr skeptisch, wie sinnvoll die Jugendgarantie überhaupt ist", sagt Feld. Es sei naiv, zu glauben, dass man die Jugendarbeitslosigkeit signifikant bekämpfen könne, indem man staatliche Gelder zur Verfügung stelle. "Die Unternehmen müssen Arbeitsplätze schaffen, und das werden sie nicht aufgrund einer Jugendgarantie tun, sondern aufgrund eines flexibleren Arbeitsmarktes."

Möglicherweise, so Feld, habe es etwa in Italien auch Sinn, politisch erst Arbeitsmarktreformen durchzusetzen und dann Konzepte für die Jugendlichen zu entwickeln, "anstatt jetzt einen Schnellschuss zu machen". Dann würden die Gelder sinnvoller eingesetzt, so der Ökonom.

Verkrustete Arbeitsmärkte müssen umgebaut werden

Die Arbeitgeber sprechen sich zwar im Grunde für die Maßnahme aus: "Das verfolgte Ziel, junge Menschen so schnell wie möglich in Ausbildung und Beschäftigung zu bringen, wird von der Wirtschaft ausdrücklich unterstützt", so die BDA. Klar sei aber auch, dass finanzielle Mittel allein nicht ausreichen.

Die strukturellen Ursachen hoher Arbeitslosigkeit müssten "gezielt und nachhaltig" angegangen werden: Die globale Wettbewerbsfähigkeit jedes Mitgliedsstaates der EU muss gestärkt, verkrustete Arbeitsmärkte müssen umgestaltet, übermäßige Bürokratie abgebaut werden", so die Arbeitgeber. Dies seien die Voraussetzungen, damit wieder solide Ausbildungs- und Arbeitsplätze entstehen.

Arbeitsmarktreformen fordert auch die Bundesregierung: "Die EU kann und muss die Anstrengungen der Mitgliedsstaaten unterstützen, aber in erster Linie sind die Mitgliedsstaaten gefordert, die erforderlichen Strukturreformen durchzuführen, um Hindernisse zur Einstellung von Jugendlichen zu beseitigen", schreibt Jörg Asmussen, Staatssekretär im Arbeitsministerium, in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die der "Welt" vorliegt.

Damit stellt er die Jugendgarantie allerdings nicht infrage. Der geschätzte Nutzen einer Umsetzung der Jugendgarantie in der Euro-Zone übersteige die Kosten "bei Weitem": während die Umsetzung 0,22 Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Jahr kosten würde, müssten die Staaten für junge Menschen, die weder einer Arbeit, Ausbildung oder Schulung nachgingen, 1,21 Prozent des BIP ausgeben.